



Rede von
Guido van den Berg MdL

zu:

**Mit mehr Marktwirtschaft die Energiewende aktiv gestalten
– Verantwortung für den Energie- und Industriestandort
Nordrhein-Westfalen übernehmen
(Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1267)**

in Verbindung mit

**Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3516**

**Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3541**

**am Donnerstag, 11. Juli 2013
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(in APr 16/37)**

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen van den Berg das Wort.

Guido van den Berg (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag „Mit mehr Marktwirtschaft die Energiewende aktiv gestalten“ ist ein Versuch der FDP, sich in die aktuelle energiepolitische Diskussion zurückzumelden. Die Schockstarre muss ziemlich groß gewesen sein, nachdem man über viele Jahre der Atomkraft quasi als letzter Dinosaurier das Wort geredet hat. Die Schockstarre muss auch groß gewesen sein, weil man von Ihrer Seite über ganz viele Jahre die erneuerbaren Energien verteufelt hat.

Sie versuchen jetzt, mit einem umfangreichen Antrag auf die Höhe der Zeit zu kommen. Das muss man zum Teil anerkennen, weil Sie in Ihren Papieren jetzt positiv über erneuerbare Energien schreiben, weil sie das Thema „Effizienz“ aufgreifen, das Thema „KWK“, über das wir ja gerade gesprochen haben, sowie die Themen „Netzstabilität“ und „Industriestrompreise“. Aber wie schwer das Umdenken ist, das spürt man auch in Ihren Papieren. Sie schreiben nämlich weiter in Ihrem großen Antrag auf Seite 3, dass erneuerbare Energien letztendlich zu „Fehlsteuerungen“ führten.

Und es ging wohl nicht ohne die Abteilung Ideologie und Agitation, wenn Sie auf Seite 4 bei diesem Thema „ideologische Grabenkämpfe“ in Nordrhein-Westfalen festmachen wollen. Herr Brockes, liebe Kolleginnen und Kollegen, als ob es eines Beweises bedurft hätte – Sie haben ihn offenbar noch schriftlich liefern wollen –, legen uns CDU und FDP heute gleich zwei Entschließungsanträge vor. Sie haben es offenbar nicht geschafft, was Sie uns eigentlich im Wirtschaftsausschuss versprochen hatten, gemeinsam voranzugehen und einen gemeinsamen Entschließungsantrag vorzulegen. Das macht deutlich, wie groß die Unterschiede sind.

Beim Thema „Stromsteuer“ passen Sie offenbar nicht übereinander. Sie tragen den Konflikt, den Sie in Berlin zwischen dem Kollegen Rösler und dem Kollegen Altmaier haben, nach Nordrhein-Westfalen und dokumentieren das auch noch mit den entsprechenden Papieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Hauptanliegen der FDP war offenbar, das Thema „Masterplan“ zu diskreditieren. Sie haben versucht, das in der Anhörung mit vielen Fragen zu tun. Dieses Vorhaben ist gründlich danebengegangen. Diejenigen nämlich, die man da angehört hat – das waren nicht nur Umweltverbände, sondern gerade auch unternehmensnahe Verbände –, haben sich positiv dazu geäußert. Ich zitiere aus der Stellungnahme der Unternehmensverbände in Nordrhein-Westfalen, die Ihnen richtig Nachhilfeunterricht gibt:

„Ein Masterplan kann nicht den Anspruch erheben, technische Entwicklungen der nächsten 30 Jahre mit berücksichtigen zu können. Er muss aber denkbare Grobszenarien enthalten und vor allem die kurzfristigen notwendigen Schritte dort konkret miteinander in Einklang bringen, wo Zielkonflikte bestehen. Ein solchermaßen konzipierter Masterplan ist auf Bundesebene dringend nötig.“

Die IHK äußert sich ähnlich.

Also, meine Damen und Herren, machen Sie sich endlich auf und erkennen Sie an, dass zu einer gelungenen Energiewende ein Masterplan gehört. Im Wort „Masterplan“ steckt das Wort „Plan“. Man muss einen Plan davon haben, wenn man die Energiewende angehen will. Was hierzu von der Bundesregierung vorgelegt worden ist, ist das exakte Gegenteil. Es ist kein Masterplan, sondern es ist ein aktiver Beitrag zur Planungsunsicherheit in unserem Land beim Thema „Energie“ gewesen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

und zwar nicht nur bei den konventionellen, sondern auch bei den erneuerbaren Energien. Das ist der eigentliche Skandal, über den wir an dieser Stelle sprechen müssen.

Wir stellen fest, dass Ihr Antrag in weiten Teilen überholt oder überlebt ist. Viele Themen – das gestehen Sie selber zu – sind nicht mehr auf der Höhe der Zeit: Dattel 1 bis 3, Energiemonitoring. Das sind alles Punkte, über die die Zeit längst hinweggegangen ist.

Ich glaube, man muss sich aber noch einmal vergegenwärtigen, was das Interessanteste an Ihrem Antrag ist. Sie versuchen zu Ihrem Markenkern „Wahrung der Marktwirtschaft“ zurückzufinden. So viel Wettbewerb wie möglich, so wenig Staat wie nötig. Das klingt ja richtig. Nur: Die Praxis dieser Bundesregierung ist exakt eine andere.

Rot-Grün hat im Jahr 2000 die erste Energiewende beschlossen, und zwar marktgerecht mit einer Vertragslösung. Wir haben die Partner an einen Tisch geholt und ausgehandelt, wie ein Atomausstieg funktionieren kann. Das haben Sie kassiert, und Sie haben das dann kurze Zeit später in Ihrer Energiewende am 6. Juni 2001 per Kabinettsbeschluss – also nicht über eine Verhandlung – auf den Weg gebracht. Meine Damen und Herren, das ist das Gegenteil von Marktwirtschaft.

Jetzt stehen Sie vor diesem Trümmerhaufen und versuchen das in irgendeiner Form wieder einzufangen. Seit 2001 ist nichts richtig passiert. Wir stellen heute an den Entschließungsanträgen fest, wie zerstritten Sie in dieser Frage sind.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Guido van den Berg (SPD): Ja. – Jetzt müssen wir feststellen – am Abend werden auch die Faulen fleißig –: Sie versuchen in dicken Papieren aufzuschreiben, was man noch alles tun muss.

Meine Damen und Herren, es hätte in den letzten zwei Jahren längst Zeit bestanden, dieses Thema endlich anzupacken und diese Energiewende objektiv und aktiv anzugehen. Das haben Sie versäumt. Das ist ein Dokument und Armutszeugnis Ihrer Politik, meine Damen und Herren von CDU und FDP. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kufen.